

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 14 (1922)

Heft: 8

Artikel: Polemisches

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-351672>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

In Anbetracht der hohen Wichtigkeit der Volksabstimmung für die Arbeiterschaft der Schweiz wie in Anbetracht des Eindrückes des Abstimmungsergebnisses im Ausland gilt es, schon bei der Unterschriftensammlung alle verfügbaren Kräfte mobil zu machen.

Der Gewerkschäfter, der gewohnt ist, für die Durchsetzung seiner Forderungen wochen- und monatelang im Streik zu verharren, der Massregelungen und Geldopfer auf sich nimmt, wird in diesem Referendumskampf, der keine materiellen Opfer fordert, seinen Mann stellen. Davon sind wir überzeugt. Wir appellieren daher an alle Gewerkschafter, an die Vertrauensleute und Vorstände der Gewerkschaften, sich energisch an der Unterschriftensammlung zu beteiligen und damit dem Anschlag auf die 48stundenwoche die Prognose auf eine wuchtige Verwerfung zu stellen.



Polemisches.

Wir haben das dringende Bedürfnis, unserer Antipodin, der «Schweizerischen Arbeitgeberzeitung», wieder einmal ein paar Zeilen zu widmen, um einiges von dem wieder aufzurichten, was sie umgebogen hat.

In der Nummer vom 24. Juni befasst sie sich mit den auf dem Gewerkschaftskongress angenommenen Resolutionen. Sie macht zwar ihre Leser mit dem Wortlaut der Resolutionen nicht bekannt, fühlt sich aber für verpflichtet, einige Brocken herauszufischen, um damit zu beweisen, wie bodenlos oberflächlich und leichtfertig die Leitung des Gewerkschaftsbundes die Probleme behandle. Sie schreibt: «Freilich, über einen Hauptpunkt äussert sich die Resolution nicht, nämlich über die Mittel und Wege, durch welche den unter der Krise leidenden Betrieben, insbesondere der Industrie, Arbeit und den in ihr Beschäftigten Brot beschafft werden soll.»

Diese Sorge um die Brotbeschaffung steht der «Arbeitgeberzeitung» schlecht an angesichts ihrer fortgesetzten Hetze gegen jeden sozialpolitischen Fortschritt. Im übrigen haben wir uns auch über die Mittel und Wege geäussert, wie Arbeit und Brot beschafft werden könnte, und zwar sowohl in unsren Resolutionen (Offnung der Grenzen, Aufhebung der Einfuhrkontingierung, Herabsetzung der Zölle, Festsetzung einer maximalen Gewinnmarge, Herabsetzung des Hypothekarzinsfusses, Herabsetzung der Steuern für niedere Einkommen, Einführung einer Bundessteuer, Getreide-monopol) als auch anlässlich der Genueser Konferenz. Wir erklärten in unserer damaligen Eingabe an den Bundesrat: «Es ist unsere Ueberzeugung, dass die gegenwärtige Krise — schon in Anbetracht ihrer Ursachen und ihrer Ausdehnung — nur durch internationale Mittel mit Erfolg bekämpft werden kann.» Wir verlangten deshalb, dass der Bundesrat alle Vorschläge unterstützen solle, die eine Erleichterung der Notlage versprechen, gleichgültig, ob die Verwirklichung derselben eine Änderung der Friedensverträge zur Folge hätte: vollständige und vorbehaltlose Abrüstung. Die Organisierung einer Weltanleihe, der Wiederaufbau Russlands und die Lösung des Reparationsproblems. Es sei ins Auge zu fassen die Bildung einer europäischen Zollunion als Vorstufe zu den vereinigten Staaten von Europa, die Stabilisierung der Kurse und die rationelle Verteilung der Rohstoffe. Der Bundesrat hat sich weder zu unserm Programm geäussert, noch dasselbe in Genua vertreten. Wir dürfen wohl annehmen, dass auch die Leute der «Arbeitgeberzeitung» sich mit diesen Problemen nicht befassen. Sie behaupten kühn, die Arbeiterschaft überlasse die Sorge um Beschaffung von Brot den Unternehmern. Dabei betrachten sie als vornehmstes

Mittel zur Behebung der Krise Herabsetzung der sozialen Lage der Arbeiter.

Der gleiche kurzsichtige und bornierte Krämerstandpunkt zeigt sich in einem Artikel vom 1. Juli, betitelt: Ein kritischer Wendepunkt in der Arbeitslosenfürsorge. Wenn der Artikelschreiber, der offenbar nicht weit vom Eidg. Arbeitsamt sitzt, mit den 379 Millionen Franken Unterstützung paradiert, so wollen wir doch jeder Legendenbildung vorbeugen und feststellen, dass von dieser Summe ein schöner Teil in die Taschen von Unternehmern, von Bund, Kantonen und Gemeinden zurückgeflossen ist in Form von Notstandsarbeiten und daraus erzielten Gewinnen. Die Stellung, die die «Schweiz. Arbeitgeberzeitung» zum Problem der Arbeitslosenunterstützung einnimmt, würden wir ihr in Anbetracht der Interessen, die sie vertritt, an sich gar nicht übelnehmen. Wir wissen ja, dass sie furchtbar erbost ist, wenn sie vernimmt, dass irgendwo nach beendtem Streik den Arbeitslosen Unterstützung ausbezahlt wird oder wenn ein Arbeitsloser eine ihm angebotene Arbeit ausschlägt, weil sie miserabel bezahlt ist. Wir begreifen auch, dass sich die Unternehmer von der Bezahlung von Beiträgen zu drücken versuchen. Das ist alles menschlich natürlich vom Unternehmerstandpunkt aus. Dagegen stimmt es doch verdriesslich, wenn das Blatt im «Allgemeininteresse» zum Sparen mahnt, von der «Erschöpfung» des Fonds spricht in dem Moment, da die besitzende Klasse die Bundeskuh nach Kräften melkt, den Städten vorwurfsvoll zu verstehen gibt, dass sie die Spartendenz des Bundes durchkreuzen, schliesslich von der Möglichkeit der Auswanderung mit einem tränenden und einem lachenden Auge spricht. Die Heuchelei ist schon zu gross, als dass man ernsthaft diskutieren könnte.



Industrielle Organisationsformen der Neuzeit.

In bürgerlichen Zeitungen der Schweiz finden sich in letzter Zeit häufig Artikel, die ein Problem von gröserer Bedeutung zur Diskussion stellen: die Uebertragung der in andern Ländern, namentlich Deutschland, in Anwendung gebrachten industriellen Organisationsformen auf die Schweiz. Es sei deshalb hier einmal der Versuch gemacht, die erfolgten Umwälzungen in Deutschland zusammenfassend darzulegen. Einerseits, um sie der schweizerischen Arbeiterschaft bekanntzugeben, anderseits, um eine Diskussion anzuregen, inwiefern die Schweiz geeignet erscheint, andernorts gemachte Erfahrungen anzuwenden, und die Stellung der Arbeiterschaft hierzu zu präzisieren. Die Unternehmer der Schweiz scheinen der Ansicht zu huldigen, dass zur Ueberwindung der Krise nur die alten primitiven Mittel, *Lohnabbau und Verlängerung der Arbeitszeit*, in Anwendung gebracht werden könnten. Deshalb die heftige Agitation gegen die 48stundenwoche, deshalb der Kampf aller bürgerlichen Elemente im Nationalrat zur *Umänderung des Artikels 41 des Fabrikgesetzes*.

In dieser historischen Epoche ist es nicht uninteressant, Vergleiche anzustellen, ob die Leiter der schweizerischen Industrie tatsächlich den Versuch gemacht haben, ihre Betriebe gemäss den Fortschritten der Zeit organisatorisch den veränderten Verhältnissen anzupassen. Das scheint uns mehr als fraglich. Es muss allerdings bei Vergleichen in Rechnung gestellt werden, dass nicht alles, was in Deutschland unternommen wurde, auf die Schweiz zu übertragen ist; das verbietet schon die Verschiedenheit der ökonomischen Struktur beider Länder. In Deutschland finden wir Urprodukte, wie Kohle, Eisen usw., die von der Schweiz unter erschwerten Be-